

---

Christoph Butterwegge

## Von der „Wende“ zum Ende des Sozialstaates? Wiedervereinigung, Weltmarktdynamik und Wohlfahrt

---



*Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951 in Albersloh/Westfalen, Studium der Philosophie, Psychologie und Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, leitet die Abteilung für Politikwissenschaft am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität zu Köln.*

---

Nie zuvor hat sich die Sozialpolitik der Bundesrepublik ähnlich drastisch verändert wie im letzten Jahrzehnt. Die deutsche Wiedervereinigung bildete zusammen mit der Weltmarktkonkurrenz ein Spannungsfeld für den Wohlfahrtsstaat, welcher sich auch gegenwärtig noch im Umbruch befindet.<sup>1</sup> Diesem liegt ein Wandel nicht nur der industriellen bzw. der Arbeits- sowie der Geschlechter- und Generationsbeziehungen (Individualisierung), sondern gleichzeitig auch des Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftssystems der DDR (Transformationskrise), ja sogar der Weltwirtschaft insgesamt (Globalisierung) zugrunde.

### **Wiedervereinigung: Belastungsprobe oder Leistungsbeweis des Wohlfahrtsstaates?**

Die DDR-Gesellschaft war durch mehr Egalität auf einem niedrigeren Niveau als ihr westdeutscher Nachbarstaat gekennzeichnet. Es wäre falsch, die Sozialpolitik der DDR insgesamt zu verdammen, auch wenn besonders ältere Menschen (vor allem gegenüber Familien mit Kindern) benachteiligt wurden, die Mindestrente kaum über der Armutsgrenze lag und die Wohnverhältnisse in den heruntergekommenen Altstädten nur katastrophal zu nennen waren: „Ziele wie die ‚Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem‘ oder die ‚Einheit

---

1 Vgl. hierzu Christoph Butterwegge, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, Opladen 1999.

von Wirtschafts- und Sozialpolitik' mögen stümperhaft angegangen worden sein, aber sie waren nichtsdestoweniger ernst gemeint und mehr als propagandistischer Nebel."<sup>2</sup>

Man braucht die Strukturdefekte, Leistungsdefizite und Fehlentwicklungen der DDR gar nicht zu ignorieren, um im Rückblick gleichwohl bilanzieren zu können, „dass eine ganze Reihe sozial-, arbeits- und familienrechtlicher Regelungen günstiger waren als in der alten Bundesrepublik. Auch entsprachen manche organisatorischen Strukturen in der dortigen Sozialversicherung sowie im Gesundheits- und Sozialwesen langjährigen sozialpolitischen Reformforderungen, wie sie vor allem von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in der alten Bundesrepublik formuliert worden sind.“<sup>3</sup>

Charakteristisch für die Sozialpolitik der SED-Führung waren ihre ökonomistisch-funktionalistische Produktions- bzw. Produktivitätsorientierung (besonders gefördert wurden Fabrikarbeiter, Familien, Kinder und erwerbstätige Frauen) sowie die Heruntersubventionierung der Preise entsprechender Konsumgüter oder Dienstleistungen (etwa von Grundnahrungsmitteln und Kinderbekleidung) als „objektbezogene“ Methode. Die zum Teil wenig zielgenaue, breit streuende Subventionspolitik konnte das Auftreten *relativer* Armut nicht dauerhaft verhindern: „Sie sicherte jedoch eine Existenz unter annehmbaren Bedingungen, d.h. jenseits von Hunger, Obdachlosigkeit, Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben.“<sup>4</sup> Stephan Leibfried u.a. betonen, dass der „autoritäre Versorgungsstaat“ DDR ein Janusgesicht hatte: „Er bot Sicherheit, aber um den Preis eines dichtgeknüpften Netzes sozialer Kontrolle. Der Staat förderte nicht lediglich Berufsarbeit, er forderte sie auch und verlieh dem sozialpolitisch Nachdruck.“<sup>5</sup>

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus wurde das westdeutsche Sozialsystem nahezu ohne Übergangs- und Schonfristen auf den Osten übertragen. Die früheren DDR-Bürger/innen hatten in kürzester Zeit eine Fülle schwieriger Anpassungsprobleme zu meistern, wobei sich ihnen nur wenig Hilfestellung bot. Mit ihrem Beitritt zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 Grundgesetz unterwarf sich die DDR westdeutschen Politikmustern und verzichtete implizit auf eine Durchsetzung jenseits der Elbe üblicher Sozialstandards. Selbst vorbildliche Regelungen/Institutionen der DDR-Sozialpolitik wie Polikliniken, Ambulatorien und Dispensaires oder betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen wurden nach dem 3. Oktober 1990 abgewickelt.

Mittels einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in nie gekanntem Umfang einerseits und Sozialzuschlägen in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung andererseits federte man die schlimmsten Folgen der Vereinigung für ehemalige DDR-Bürger/innen wenigstens vorübergehend ab, wodurch letztere zum Teil sogar etwas besser gestellt wurden als ihre westdeutschen Landsleute. Sozialpolitik diente dem Ziel, die Marktwirtschaft in Ostdeutschland ohne Aufschrei von Massenentlassungen (potenziell) Betroffener einführen zu können, und wirkte als Mittel, das Begleiterscheinungen der Vereinigung erträglich(er) machte. Genannt seien Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, Lohnkostenzuschüsse für die Einstellung von Langzeitarbeitslosen, berufliche Fortbildung und Umschulung, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, die „Kurzarbeit null“, Vorruhestands- und Altersübergangsgeld.

2 Manfred Lötsch, Systemtransformation und soziale Strukturbrüche in der (ehemaligen) DDR, in: Winfried Schmähel (Hrsg.), Sozialpolitik im Prozeß der deutschen Vereinigung, Frankfurt/M./New York 1992, S. 20.

3 Gerhard Bäcker, Sozialpolitik im vereinigten Deutschland. Probleme und Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 3-4/1991, S. 10.

4 Günter Manz, Armut in der „DDR“-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende, Augsburg 1992, S. 22.

5 Stephan Leibfried u.a., Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt/M. 1995, S. 242.

Tatsächlich sorgten die günstigeren Erwerbsbiografien vieler DDR-Bürger/innen in Verbindung mit Sozialzuschlägen und Auffüllbeträgen dafür, dass alte Menschen vom Gang zum Sozialamt verschont blieben. Rentner dürfen jedoch nicht pauschal als „Gewinner“ im Vereinigungsprozess bezeichnet werden. Zwar stiegen die Altersbezüge im Durchschnitt deutlich, es gab aber unter den Ruheständler(inne)n, die Staatsrenten bezogen oder Ansprüche aus Zusatzversorgungssystemen herleiteten, auch Kürzungen.<sup>6</sup> Eher kann man die erwerbstätigen Frauen zu den Verlierer(inne)n der Einheit rechnen. Müttern mit mehreren Kindern wurde nach der „Wende“ zuerst gekündigt, und die Frauenerwerbsquote glich sich trotz des im Osten dominierenden Wunsches, berufstätig zu sein, der viel niedrigeren in Westdeutschland an.<sup>7</sup>

Man hätte meinen können, dass der Sozialzuschlag ebenso wie die Mindestleistungen im DDR-Rentenrecht jenen Auftrieb geben würden, die eine steuerfinanzierte Grundversicherung bzw. -rente einführen wollten.<sup>8</sup> Dies misslang aber aufgrund der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung nach dem Einigungsboom, einer politisch-publizistischen Offensive des Neoliberalismus und seiner Standortdebatte. Die aus der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR erwachsende Chance einer Revision und Reorganisation des Sozialsystems beider Staaten im Sinne einer grundlegenden Reform wurde nicht ansatzweise genutzt. Lord Beveridge hatte gegen Fürst von Bismarck vielmehr ebenso wenig eine Chance wie die ostdeutsche Plan- gegen die westdeutsche Marktökonomie.

Im Zuge des Vereinigungsprozesses wurde der Solidaritätsbegriff, bislang eine Schlüsselkategorie der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, nationalistisch umgebogen und diese gewissermaßen semantisch „enteignet“. Beispielsweise gab das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1990 eine schwarz-rot-gold umrandete Broschüre „Nationale Solidarität mit den Menschen in der DDR“ heraus, welche das Versprechen enthielt: „Unser soziales Netz bleibt dichtgeknüpft. Kein Rentner, kein Kranker, kein Arbeitsloser, kein Kriegsoffer, kein Sozialhilfeempfänger braucht Leistungskürzungen zu befürchten. Im Gegenteil: Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung wird auch künftig den sozialen Sicherungssystemen zugute kommen.“<sup>9</sup> Semantisch geschwächt wurde der Wohlfahrtsstaat überdies dadurch, dass Leistungskürzungen als „(Sozial-)Reformen“, erzwungene Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst als Resultate von „Solidarpakten“ und Kostenbelastungen für Versicherte, Kranke oder sozial Benachteiligte als „Sparprogramme“ bzw. „-operationen“ firmierten, ohne dass sich Widerstand in der veröffentlichten Meinung regte.

---

6 Vgl. Manz, Armut, S. 117

7 Vgl. Elke Holst/Ellen Kirner, Ausgrenzung von Frauen in Ostdeutschland nach der „Wende“: Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in: Walter Hanesch (Hrsg.), Sozialpolitische Strategien gegen Armut, Opladen 1995, S. 311 ff.

8 Vgl. Winfried Schmähl, Alterssicherung in der DDR und ihre Umgestaltung im Zuge des deutschen Einigungsprozesses. Einige verteilungspolitische Aspekte, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), Sozialpolitik im vereinten Deutschland, Bd. I, Berlin 1991, S. 89.

9 Helmut Kohl, Erklärung der Bundesregierung, abgegeben am 15. Februar 1990, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Nationale Solidarität mit den Menschen in der DDR, Bonn 1990, S. 25.

### **Transformationsarmut in Ostdeutschland: Erblast des DDR-Regimes, Randerscheinung des Vereinigungsprozesses oder Folge einer verfehlten Sozialpolitik?**

Aufgrund einschlägiger Werbebotschaften im Westfernsehen und gleich lautender Wahlversprechen führender Politiker der CDU/CSU/FDP-Koalition erwarteten die meisten DDR-Bürger/innen von der „Wende“, der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion bzw. der Wiedervereinigung in erster Linie wachsenden Wohlstand für alle. Die kapitalistische Marktwirtschaft werde, so meinte man, nicht nur für eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern sorgen, sondern auch die von der SED beschworenen „sozialen Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates“ (Recht auf Arbeit und Wohnung) unangetastet lassen. Dass der Kapitalismus privaten Reichtum für wenige auf dem Rücken anderer Schichten und/oder Völker (der sog. Dritten Welt) schafft, wurde ignoriert.

Die versprochene „Sozialunion“ blieb auf der Strecke, und die Einkommensungleichheit zwischen den Ostdeutschen wuchs im Gefolge der Vereinigung stark, ohne die zwischen den Westdeutschen zu erreichen. Nur wer die Schattenseiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems (Arbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit) nach der Vereinigung nicht am eigenen Leib zu spüren bekam, konnte auch die Vorzüge ohne Wehmut genießen: Meinungs- und Reisefreiheit, die Konsumvielfalt sowie einen wachsenden Wohlstand. „Ostalgie“ kam in den neuen Bundesländern deshalb auf, weil die (west)deutsche Sozialpolitik zwar prekären Lebenslagen entgegenwirkte, aber keinen Schutz vor sozialem Abstieg und Ausgrenzung bot.

Die staatlich organisierte und flankierte Rekonstruktion der Produktion nach privatwirtschaftlichen bzw. nach Marktgesetzen glich einer ursprünglichen Akkumulation. An die Stelle der Nivellierung sozialer Unterschiede im Realsozialismus trat eine Tendenz zur Pauperisierung und Polarisierung der Sozialstruktur: Neben einer „neuen Bourgeoisie“, die – von mancherlei Steuervergünstigungen, Sonderabschreibungen und Förderprogrammen im „Beitrittsgebiet“ begünstigt – relativ schnell zu Reichtum gelangte, gibt es größere Teile der Bevölkerung, die von Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und Not betroffen sind.

Biografische Brüche und soziale Abstiegsprozesse ehemaliger DDR-Bürger/innen tragen Züge traditioneller wie moderner Armutslagen. Pauperismus im klassischen Sinne, verbunden mit tiefer Resignation, Apathie, Isolation, Alkoholismus und Defätismus, scheint allerdings zu überwiegen.<sup>10</sup> Man beschönigt meines Erachtens die Situation in den östlichen Bundesländern, misst man sie am niedrigeren materiellen Wohlstand vor der Vereinigung und/oder am westdeutschen Lebensstandard, ohne die für Bewohner/innen eines postsozialistischen Landes ganz andere Qualität von Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Transformationsarmut kann sich verfestigen und zu dauerhafter Unterversorgung von Ostdeutschen führen, wenn die (Bundes-)Politik nicht durch eine soziale Grundsicherung und Umverteilung „von oben nach unten“ gesteuert.

Trotz oder gerade wegen hoher Sozialtransfers nach Ostdeutschland war der Vereinigungsprozess für westdeutsche Kapitaleigentümer, Bankiers und Großgrundbesitzer ein glänzendes Geschäft. „Die Privatisierung des volkseigenen Vermögens, die Konstruktion des Erblastenfonds und die öffentlichen, beitrags- und steuerfinanzierten Transferzahlungen führen in ihrer Gesamtheit zu einer Vertiefung der sozialen Ungleichheit und zu einer

---

<sup>10</sup> Vgl. dazu mehrere Beiträge in: Ronald Lutz/Matthias Zeng (Hrsg.), *Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern*, Opladen 1998.

weiteren Konzentration des privaten Reichtums.“<sup>11</sup> Die deutsche Einheit wurde in erster Linie über die Sozialversicherung, nicht aus Steuermitteln finanziert. Dadurch blieb die Belastung für Beamte und Selbständige relativ gering, sodass von einer „Gerechtigkeitslücke“ die Rede war.<sup>12</sup> Hinzu kamen weitere Ungerechtigkeiten, die im System angelegt waren. Während die westdeutschen Unternehmen, denen der „Aufbau Ost“ hohe Zusatzprofite brachte (z.B. Autohändler, Baulöwen und -märkte, Banken, Immobilienmakler, Versicherungen, Handelsketten und Versandhäuser), seither immer weniger Gewinnsteuern zahlten, stieg die Steuerbelastung der Arbeitnehmer/innen ständig. Treffend hieß es auf einem Graffiti: Die sozialen Grenzen verlaufen nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Oben und Unten!

### **Globalisierung, Neoliberalismus und „Standortsicherung“: Stirbt der Sozialstaat?**

Franz-Xaver Kaufmann hält die Wiedervereinigung bzw. die daraus resultierende Zusatzbelastung des sozialen Sicherungssystems für den Schlüsselfaktor im Ringen um eine Restrukturierung des Wohlfahrtsstaates: „Die gegenwärtigen Forderungen nach einem ‚Umbau des Sozialstaates‘ sind (...) in erster Linie ein Element des Kampfes um die Verteilung der Folgekosten der deutschen Einheit.“<sup>13</sup> Eine solche Aussage verkennt allerdings völlig, dass in anderen Staaten (ohne solche unerwarteten Kosten) dieselben Bemühungen wie im vereinten Deutschland unternommen wurden. Wahrscheinlicher ist, dass der Zusammenbruch des Realsozialismus und des SED-Regimes selbst ein Nebenprodukt jenes Prozesses war, der als „Globalisierung“ bezeichnet wird.

Ohne die Wiedervereinigung wäre der Sozialstaat hierzulande zwar weniger schnell und massiv unter Druck geraten, die Entwicklung aber vermutlich nicht viel anders verlaufen. Umgekehrt war die Wiedervereinigung mit relativ geringen sozialen Verwerfungen nur zu bewältigen, weil es in der Bundesrepublik einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat gab. Dies gilt besonders für Mechanismen, die heute scharf kritisiert werden, etwa das Umlageverfahren in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Man stelle sich die Probleme einer Altersversorgung nach dem Kapitaldeckungsprinzip vor, wenn über Nacht mehrere Millionen neuer Renten auszuzahlen sind, für die noch gar kein Kapitalstock existiert!

Noch mehr Erfolg im Kampf gegen die Transformationsarmut in Ostdeutschland versprechende Maßnahmen fielen einem wirtschaftspolitischen Konzept zum Opfer, das soziale Sicherheit als Wettbewerbsnachteil „unserer“ Volkswirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf betrachtet.<sup>14</sup> Basis dieser neoliberalen Ideologie sind (Fehl-)Entwicklungen der Weltwirtschaft, die folgende Stichworte charakterisieren: Internationalisierung der Güterproduktion, des Handels sowie der Kapitalströme; Liberalisierung der Finanzmärkte; (Re-

---

11 Klaus Steinitz, Transfer West-Ost und Ost-West. Wie an der deutschen Vereinigung verdient wird, in: Herbert Schui/Eckart Spoo (Hrsg.), Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland, 2. Aufl. Heilbronn 1996, S. 59.

12 Vgl. dazu Rudolf Hickel/Jan Prieue, Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, Frankfurt/M. 1994, S. 161 ff.

13 Franz-Xaver Kaufmann, Schwindet die Integrationskraft des Sozialstaates?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1997, S. 3.

14 Vgl. dazu Regina Stötzel (Hrsg.), Ungleichheit als Projekt. Globalisierung – Standort – Neoliberalismus, Marburg 1998; Christoph Butterwegge u.a. (Hrsg.), Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden 1999.

Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Dienstleistungen und sozialer Risiken; Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und Deregulierung sozialstaatlicher Schutzbestimmungen.

Dass die Sozialpolitik in der um die neuen Länder erweiterten Bundesrepublik unter einen starken Anpassungsdruck geriet, war weniger dem Vereinigungsprozess und/oder Globalisierungstendenzen als einem daraus mittelbar resultierenden Machtzuwachs transnationaler Konzerne geschuldet, der durch die damals regierenden Parteien CDU, CSU und FDP politisch-ideologisch verbrämt wurde. Fast scheint es, als sei dem Sozialstaat nach dem Sieg über den Staatssozialismus der Krieg erklärt worden. Offenbar stellte der Wegfall einer – übrigens zu keiner Zeit attraktiven – Systemalternative die wohlfahrtsstaatliche oder „rheinische“ Entwicklungsvariante des Kapitalismus zur Disposition. Aufgrund der veränderten Weltlage und Kräfteverhältnisse bestand ab 1989/90 die Möglichkeit wie auch – nach allgemeiner Auffassung – die Notwendigkeit, soziale Leistungsgesetze anzutasten.

Die bis dahin im Vergleich zu liberalkonservativen Regierungen in anderen Ländern, vor allem der USA und Großbritanniens,<sup>15</sup> maßvoll und zurückhaltend operierende CDU/CSU/FDP-Koalition ging nach ihrer Bestätigung anlässlich der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 zum politischen Frontalangriff auf den keynesianischen Wohlfahrtsstaat über und stellte auch die Sozialfunktion des Staates teilweise in Frage. Der von allen bürokratischen Fesseln befreite Markt sei besser als die Politik in der Lage, das Wachstum der Wirtschaft und Wohlstand für alle zu gewährleisten, hieß es nunmehr. Der arbeitende Mensch galt nur noch als „Kostenfaktor auf zwei Beinen“, Sozialpolitik als „Luxus“, den sich auch eine reiche Industrienation wie die Bundesrepublik nicht mehr leisten kann, und deren öffentliche Verwaltung als Hemmschuh für die Marktwirtschaft.

Wenn es nach Hardlinern im Arbeitgeberlager ginge, würde die sozialstaatliche Demokratie auf dem Altar einer angeblich bedrohten Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik geopfert. Dass der soziale Grundkonsens – *die* politische Stabilitätsgarantie der Bundesrepublik schlechthin – im vereinten Deutschland aufgekündigt wurde, war nicht die logische Konsequenz einer sich übrigens nur partiell verschärfenden Weltmarktkonkurrenz. „Die globale wirtschaftliche Verflechtung ist keineswegs ein Naturereignis, sondern wurde durch zielstrebige Politik bewusst herbeigeführt.“<sup>16</sup> Auch wurde die deutsche Industrie nicht etwa das Opfer einer ihr von außen bzw. anderen Staaten oktroyierten Globalisierung, wie Unternehmerverbände und Bundesregierung glauben machen wollten, war vielmehr einer der Auslöser und Hauptnutznießer dieses Prozesses.

Der globalisierte Kapitalismus verschärft die sozialen Probleme, indem er alle Wirtschaftssubjekte einem permanenten Verdrängungswettbewerb um „Standortvorteile“, Ressourcen und Arbeitsplätze unterzieht. Miteinander um die Gunst der Großinvestoren buhlende Nationalstaaten, Regionen und Kommunen neutralisieren sich gegenseitig. Exzessiv betriebener Wettbewerb rentiert sich für den Stärksten, ruiniert aber die Schwächeren. So wurde „Standortsicherung“ zu einem Synonym für die Steigerung der Gewinne „vaterlandsloser“, transnational operierender Großunternehmen durch die Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung einerseits und die weitgehende Erosion des Mittelstandes andererseits. Eine aktive Sozialpolitik, die nicht Arbeitslose und Arme, sondern Arbeitslosigkeit und Armut bekämpft, ist unter der Prämisse internationaler Konkurrenzfähigkeit und einer „Standortsicherung“ um jeden Preis überflüssig, womöglich sogar schädlich. Übersehen

---

15 Vgl. dazu Jens Borchert, Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich, Frankfurt/M./New York 1995.

16 Hans-Peter Martin/Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, 7. Aufl. Reinbek bei Hamburg 1996, S. 18.

wird, dass Arbeitnehmer/innen die gesellschaftlichen Werte schaffen und auch in ihrer Eigenschaft als Konsument(inn)en der Waren für das Kapital unentbehrlich sind, die Sozialpolitik durch dessen rücksichtslosen Verwertungsdrang entstandene Schäden (z.B. der Volksgesundheit) lindert, und der Nationalstaat eine gesellschaftliche Schutzfunktion erfüllt, ohne die sich der Marktmechanismus selbst zerstören würde. Konkurrenzdenken, Wettbewerbswahn und Leistungsdruck zersetzen das Soziale, also jene geistig-moralische Substanz bzw. Sinngebungsinstanz, die Gesellschaften heute zusammenhält.

Fast alle Politikfelder unterwarf man den Verwertungsimperativen der Industrie, meistens als Sicherung des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“ legitimiert. Schaden nahm die (sozial)politische Kultur des Landes vor allem durch die Art und Weise, wie seine Öffentlichkeit die Standortdebatte führte. Sie bildete nicht nur das Einfallstor für eine neuartige Spielart des Wohlstandschauvinismus, die ich „Standortnationalismus“ nenne,<sup>17</sup> sondern auch das Feigenblatt für sozialen Rückschritt, den Abbau von Sozialleistungen und die weitere Spaltung der Gesellschaft. Hierzu trugen die restriktive Haushalts-, Steuer- und Finanzpolitik der liberal-konservativen Bundesregierung maßgeblich bei.

Der moderne Sozialstaat befindet sich in einer Krise, aber es ist nicht die Krise des Sozialstaates, sondern seiner wirtschaftlichen Basis, nämlich eines kapitalistischen Erwerbssystems, das nur noch langsam wächst, ohne genügend Ersatz für jene Arbeitsplätze zu schaffen, die es – meist zur Freude der Börsianer – wegrationalisiert oder in sogenannte Billiglohnländer exportiert. Wenn der Wohlfahrtsstaat selbst als *Problemauslöser* identifiziert statt als *Problemlöser* thematisiert wird, gehen sowohl die Sensibilität für das Armutproblem wie auch die Solidarität gegenüber davon Betroffenen verloren. Mitgefühl gegenüber sozial Benachteiligten und Bedürftigen weicht Vorurteilen, z.B. den angeblich massenhaften Missbrauch von Sozialleistungen betreffend.

Die neoliberale Standortlogik ist kaum weniger ruinös, als es die Blocklogik des Kalten Krieges war. Denn die Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte ergibt bestenfalls ein Nullsummenspiel, bei dem die einen gewinnen, was die anderen verlieren, vielleicht auch ein Kräfterennen, an dessen Ende alle Wirtschaftsstandorte weniger Wohlstand für die übergroße Mehrheit ihrer Bürger/innen aufweisen, von schweren „Kollateralschäden“ für Umwelt, Frieden und Demokratie zu schweigen. Aber genauso, wie nach 1945 während einer beinahe bis zum Atomkrieg eskalierenden Ost-West-Konfrontation die Möglichkeit der Kooperation, Entspannung und friedlichen Koexistenz bestand, gibt es im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ durchaus realistische Alternativen zur „Standort(sicherungs)politik“.

---

17 Vgl. hierzu Christoph Butterwegge u.a., Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin 1998.